

Der Öconomist.

Handelspolitik und Valuta.

Von Alois Schweiger.

Wien, 2. Dezember.

Wenn Oesterreich-Ungarn den Freihandel der sechziger und siebziger Jahre nicht hätte fallen lassen, wären weniger industrielle Betriebe entstanden und unsere Landwirtschaft wäre der Konkurrenz der überseeischen Landesprodukte ausgeliefert gewesen. Insofern die Zollsätze die Abwehr der Konkurrenz bezwecken, ohne prohibitiv zu werden, erfüllen sie ihr Ziel glänzend. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden die Zollsätze in ununterbrochener Folge, gewissermaßen um die Wette, von allen Völkern erhöht, und so ist es gelungen, wirtschaftlich mehr oder weniger scharf abgegrenzte Gebiete zu schaffen. Diese Ueberkreuzung hat nicht nur Hemmungen der Einfuhr bewirkt, sondern auch naturgemäß die Ausfuhr sehr erschwert. Aber gerade jene Länder, die entweder dem Freihandel treu blieben oder an den niedrigeren Zollätzen früherer Jahrzehnte festhielten, haben den Weltmarkt immer mehr an sich gezogen. England ist typisch für die freihändlerische Richtung, die Vereinigten Staaten, Deutschland und wir, als Nachahmer Deutschlands, für die entgegengegesetzten Bestrebungen. Die Vereinigten Staaten arbeiten daran, sich von der Fessel der übertriebenen Zollsätze zu befreien; die Worte des Präsidenten Wilson passen für unsere eigenen Verhältnisse: Bewußt oder unbewußt haben wir ein System von Privilegien und der Befreiung vom Wettbewerb aufgebaut, der jeder, auch der totesten Form von Kombination die Schaffung von Monopolen leicht macht. Wir müssen alles abschaffen, was nach Privilegien oder künstlichen Bedingungen aussieht, damit unseren Geschäftsleuten und Produzenten als Ansporn die ständige Notwendigkeit auferlegt werde, leistungsfähig, wirtschaftlich und unternehmend zu werden.

Betriebe, die sich in unserer Monarchie dem Außenhandel widmen, arbeiten schon lange unter widrigen Verhältnissen und prosperieren gewöhnlich nicht. Hingegen wachsen die Vermögen jener Betriebe maßlos, die an der Scholle leben und unter den Fittichen des Hochschutzes sich betätigen. Der Hochschutzzoll hat bei uns eine größere Verheerung angerichtet als in Deutschland, weil unsere Verhältnisse von den deutschen derart abweichen, daß uns eine Nachahmung der deutschen Handels- und Wirtschaftspolitik auf Abwege führen muß; sind doch die Hilfsquellen Deutschlands so ganz anders geartet als die unseren! Hierzu kommt noch, daß die Monarchie aus zwei getrennten Wirtschaftsgebieten mit entgegengesetzten Interessen besteht. Wir sind aber auf dem Wege des Hochschutzes viel weiter gegangen als Deutschland. Wir haben höhere Zölle; wir haben die Zölle, welche die deutsche Gesetzgebung beließ, völlig ausgeschaltet. Wir haben den Verkehrsverkehr in einem so engherzigen Sinne ausgeartet, daß er fast nur zum Scheine besteht. Uns fehlt die weitgestreckte Küste, die Nähe des Meeres und damit die billige überseeische Zufuhr; wir haben auch nicht die großen Ströme Norddeutschlands mit ihren niedrigen Frachten; überdies fehlt uns die billige Nahrung. Die Landwirtschaft steigerte die Verkaufspreise, indem auch sie die Zollsätze voll ausnützte, ohne die Produktion zu erhöhen; wir müssen das Nahrungsmitteldefizit im Ausland kaufen. Die Arbeitslöhne mußten im Verhältnis zu den gestiegenen Preisen erhöht werden; wir gaben damit unsere letzte Waffe für den Export, den verhältnismäßig niedrigen Arbeitslohn, aus der Hand. Die unmittelbare Folge war, daß der Rückgang des Exports nicht weiter aufzuhalten war. Die nachfolgenden Ziffern sollen das Gesagte illustrieren:

1886 bis 1890	Ueberschuß	1594 Millionen
1891	1895	1046
1896	1900	881
1901	1905	1064
1906	1910	Passivsaldo 148
1911	1912	1612
Im Jahre 1913		521

Der auswärtige Handel hat somit unter der Herrschaft der neuen Handelsverträge unser Nationalvermögen beständig gemindert; die Schutzzölle arteten immer mehr in Bereicherungszölle aus und verdrängten den Niederdruck eines Kompromisses zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz zu Lasten der Konsumenten^{*)}. Die Kartelle sicherten die Ausnützung der Zölle, was eine Erhöhung der Verkaufspreise nach sich zog; sie erhöhten die Gewinne der Unternehmer auf Kosten der Konsumenten. Der Export wurde als minderwertigbringend infolge der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt vernachlässigt. So weiß die Eisenindustrie noch im Jahre 1900 einen bedeutenden Ausfuhrüberschuß aus, dagegen ist sie seit 1906 beträchtlich passiv geworden.

Wenn man unser Verhältnis zu Deutschland allein betrachtet, so ergibt sich, daß Oesterreich-Ungarn für ein gebildetes Volk ein schweres Opfer gebracht hat. Oesterreich-Ungarn erlangte im Handelsvertrag mit Deutschland von 1905 niedrige Zölle für Rohstoffe, Vieh, animalische Produkte und Getreide; gewährte aber hierfür der mächtigen deutschen Industrie wichtige Zugeständnisse und wurde mit deren Fabrikaten überschwemmt. Wir hatten aber kaum die Möglichkeit, die uns im Vertrag von 1905 gewährten Konzessionen auszunützen, weil wir diese Artikel

selbst nicht entbehren konnten. Die Differenzierung der deutschen Zollsätze zwischen Rohware und Halbfabrikat, wie zum Beispiel bei Rundholz und Sägewaren oder Gerste und Malz, ist derart groß, daß wir eigentlich nur die Rohwaren exportieren konnten. Welcherle sagte ganz richtig, daß die errungenen Vorteile nicht uns, sondern zufolge der Meistbegünstigungsklausel unseren Konkurrenten, den Vereinigten Staaten und Rußland, zum Vorteile gereichen.

Während unser Handel mit Deutschland in der Periode von 1901 bis 1907 im Durchschnitt mit 255 Millionen aktiv war, zeigt die Periode 1907 bis 1914 ein jährliches Defizit von 241 Millionen. Der neue Handelsvertrag mit Deutschland kostete unsere Volkswirtschaft somit etwa 500 Millionen jährlich.

Wie kam es aber, daß unsere Regierung einen so argen Mangel an Voraussicht zeigte, zumal es doch bei uns an tüchtigen Fachmännern für handelspolitische Unterhandlungen nicht fehlte? Unsere wirtschaftlich geschulten Unterhändler wurden von einfichtlosen Berufspolitikern in Positionen gedrängt, wo sie wahrscheinlich ihre Ueberzeugung unüberwindlichen Zwangslagen opfern mußten.

Das derart entstandene bedeutende Manö der Volkswirtschaft wurde folgendermaßen gedeckt: Die günstige Entwicklung unserer Handelsbilanz vergangener Perioden hatte unseren Kredit erhöht. Daher wurde es uns leicht, Schuldverschreibungen an ausländischen Märkten zu günstigen Bedingungen unterzubringen. Der Gegenwert in Gold zuzüglich der Remittierungen der österreichisch-ungarischen Auswanderer in Nord- und Südamerika und Deutschland — eine Bewegung, die mit den mislicheren Verhältnissen der Konsumenten anwuchs — ferner die bedeutenden Einnahmen aus dem Fremdenverkehr machten uns zu einem goldreichen Lande mit niedrigem Zinsfuß. Unsere Zentralbank hatte leichtes Spiel, ihrer gesetzlichen Pflicht, der Aufrechterhaltung der Relation, nachzukommen. Gab es doch sogar eine Zeit, da wir den westlichen Zentralbanken mit Gold beibringen konnten. Bald nach Beginn des Weltkrieges änderten sich diese Verhältnisse und es wurde der Bank unmöglich, die Relation zu verteidigen. Diese Aufgabe ist den rein privaten Aktienbanken zugefallen. Da dieselben in erster Linie ihre eigenen Interessen wahren und ihre Guthabungen im Ausland möglichst teuer zu verkaufen trachteten, mußte sich ein Agio entwickeln. Aber auch in allen anderen in den Krieg verwickelten Staaten zeigt sich diese Erscheinung. Die Ursache liegt in der erschweren Post- und Telegraphenverbindung, in dem unterbrochenen Arbitrageverkehr mit den feindlichen Ländern, in dem einseitigen großen Importbedarf. Wenn von einer „Valuta des Siegers“ während des Krieges gesprochen werden kann, so ist der nordamerikanische Dollar dieser Sieger geworden; er hat das Pfund Sterling besiegt. Wenn man den Dollar als Goldinheit nimmt, so haben alle kriegsführenden Staaten ein Disagio zu verzeichnen, das von 5 Prozent (für England) bis 50 Prozent (für Rußland) in die Höhe geht. Wenn man jedoch das Agio als Vertrauens- oder Mißtrauensvotum auffaßt, so findet man, daß die Staaten des Bierverbandes kein besonderes Vertrauen in ihre wechselseitige finanzielle Zukunft zu besitzen scheinen. Das Disagio von London nach Paris beträgt 10 Prozent, nach Mailand 20 Prozent; zwischen Paris und Petersburg gibt es ein Disagio von 30 Prozent mit steigender Tendenz. Die neutralen Staaten, Spanien, Holland, Schweiz und Rumänien, erfreuen sich als Lieferanten und Finanziers der kriegsführenden Mächte einer erhöhten Bewertung ihrer Valuta. Deutschland mit seinem enormen Importbedarf, dem während des Krieges kein nennenswerter Export gegenübersteht, hat mit einem Disagio von immerhin nur 15 Prozent zu rechnen. Da wir unsere ausländischen Transaktionen über Berlin machen, hat sich ein Disagio der Krone zugunsten der Mark in der Höhe von zirka 20 Prozent herausgebildet. Die starke Nachfrage nach Mark ist wohl die Hauptursache dieses Disagios; eine ausgiebige Anleihe in Mark wäre voraussichtlich das beste Mittel, den Wert der Krone zu heben.

(Ein Schlußartikel folgt.)

^{*)} Unsere Gewerbesteuer auf Wertzölle umgerechnet, bewegen sich nach der Berechnung des Professors Grunzel auf folgendem Niveau: Spiritus 130 Prozent, gemeines Brot 50, Zucker 20, Petroleum (roh) 100 bis 120, Petroleum (raffiniert) 50 bis 75, Schlachtkühen 15, schwere Schweine 40 bis 50, frisches Fleisch 40 bis 50, Transformatoren 30 bis 40, Weizen 20 bis 30, Weizenmehl 40 bis 50, Hafer 40 bis 50, Futtermehl 80 bis 100, Eisen (roh) 20, Ingots 35, Stahlisen (nicht raffiniert) 44, Stahlisen (raffiniert) 54, Schwarzes Blech über 60, Röhren, Drahtseile über 60, Drahtseile, Schrauben zirka 70, Schienen und Eisenbahnmaterial zirka 50, geblasenes Rohr 125 Prozent.